

## 3.15 Bildung

Bildung ist ein weites und ausdifferenziertes Feld. In diesem Abschnitt wollen wir den Fokus insbesondere auf die schulische und vorschulische Bildung legen. Angesichts immer noch vorhandener Benachteiligungen auf dem Ausbildungssektor und dem Arbeitsmarkt muss die fundamentale Bedeutung von Bildung bei den Betroffenen und den politischen Entscheidungsträgern verstärkt ins Bewusstsein gerückt werden. Darüber hinaus sind aus den neuesten wissenschaftlichen Erkenntnissen die entsprechenden Schlüsse zu ziehen und das gesamte Bildungssystem sollte einer kritischen Überprüfung unterzogen werden. Die im Berichtszeitraum veröffentlichten Ergebnisse zu den Bildungsstudien PISA und IGLU führten zu entsprechenden Aktivitäten und Vorstößen. Grundlegende Änderungen blieben jedoch – bedauerlicherweise - bis heute aus.

Die nachfolgenden Unterkapitel fächern den Themenkomplex „Bildung“ auf und vermitteln einen groben Überblick zum agah-Engagement in den Jahren 2002/2003. Dieses war durch zahlreiche ministerielle Fachgespräche und der Mitarbeit in verschiedenen Fachgremien (z.B. Landesjugendhilfeausschuss, Projektgruppe „Schule“ des Integrationsbeirats, etc.) geprägt.

### 3.15.1 Ausländische Kinder im hessischen Bildungssystem

Bildungspolitische Themen nahmen im Berichtszeitraum einen vergleichsweise breiten Raum ein. Ein Umstand, den die agah mit Freude zur Kenntnis nahm und sich auch bereits in der Vergangenheit gewünscht hätte. Allerdings wurden Diskrepanzen zwischen Anspruch und Wirklichkeit erkennbar. Problematisch zudem, dass meistens bei den Defiziten der Migrantenkinder angesetzt wurde. Die damit einhergehende Betrachtungsweise war somit latent einseitig und setzte Schwerpunkte im Bereich der Deutschsprachförderung. Eigene Sprachkompetenzen der Migrantenkinder und die Ausweitung des Unterrichts in den Herkunftssprachen spielten dagegen eine eher untergeordnete Rolle. Symbolisch für die inhaltliche Ausrichtung und politische Schwerpunktsetzung war ein provokatives Plakat im Hessischen Kultusministerium mit dem Text „Nur wer Deutsch kann, kommt in die erste Klasse“. Trotz

mehrfach geäußelter Kritik, die auch von anderen Institutionen formuliert wurde, konnte die Staatsministerin nicht zum Entfernen der Wandtafel bewegt werden. Die am 21. Oktober 2003 von der agah herausgegebene Pressemitteilung fiel dementsprechend harsch aus.

#### **Bildungspolitik**

### **Ausländerbeirat geißelt Wandtafel im Ministerium**

WIESBADEN · 21. OKTOBER · EPD · Der Landesausländerbeirat hat Kultusministerin Karin Wolff (CDU) aufgefordert, die Wandtafel mit der Aufschrift „Nur wer Deutsch kann, kommt in die erste Klasse“ in ihrem Ministerium sofort abhängen zu lassen. „Es ist ein Skandal, „dass dieses diskriminierende und unsensible Plakat trotz wochenlanger Proteste noch immer im Gebäude der obersten Schulaufsicht zu sehen ist“, erklärte der Vorsitzende des Landesausländerbeirates, Manuel Parrondo, am Dienstag in Wiesbaden.

Der Spruch des Plakats sei nicht nur rechtlich unhaltbar, sondern beinahe menschenverachtend, da vielseitig interpretierbar, so Parrondo. Die Textaussage sei durchaus auch so zu verstehen, „dass wir eine Mehrklassengesellschaft haben“. Zur ersten Klasse gehörten diejenigen, die die deutsche Sprache beherrschen. Wer kein Deutsch könne, gehöre wohl allenfalls in die zweite Klasse.

Auch in Bezug auf die Einschulung von Kindern sei die Aussage populistisch. Nach maximal einem Jahr Rückstellung müsse jedes schulpflichtige Kind in Hessen eingeschult werden, ob es nun ausreichend Deutsch spreche oder nicht, betonte Parrondo. „Es ist bedauerlich, dass Kultusministerin Wolff mit der Wandtafel ihre unbestrittenen Bemühungen und Erfolge bei der Sprachfrühförderung selbst in Frage stellt.“

**Kommentar auf Seite 33**

Frankfurter Rundschau 28.10.2003

Die agah pflegte ansonsten jedoch einen sachlichen und konstruktiven Dialog. So ging sie beispielsweise der Frage nach, welche Kriterien für die Zuweisung zusätzlicher Unterrichtsstunden an Schulen mit hohem Migrantenanteil ausschlaggebend sind. Anlass hierfür war eine entsprechende Anfrage des Bad Homburger Ausländerbeirats im Frühjahr 2003.

Darüber hinaus führte die agah im Berichtszeitraum ihr Engagement fort, sich nicht nur für die Umsetzung ihrer Forderung nach Ausweitung von schulischen Fördermaßnahmen für nicht-deutsche Schüler/innen einzusetzen, sondern sich auch für den Erhalt der bestehenden Angebote stark zu machen.

In Gesprächen mit der Hessischen Kultusministerin Karin Wolff (z.B. am 17.09.2003) und bei Zusammenkünften während der agah-Plenarsitzungen (z.B. am 16.11.2002, 25.01.2003, 11.10.2003, 06.12.2003, etc.) konnten die bildungs- und schulpolitischen Standpunkte der agah gegenüber dem Hessischen Ministerpräsidenten und der Hessischen Sozialministerin dargelegt werden. Letztere Sitzungen boten auch den zahlreichen Delegierten der agah Gelegenheit, ihre Fragen und Meinungen kundzutun.

Als ein Beispiel hierfür kann der Vorstoß gelten, bundesweite Schulwettbewerbe möglichst nicht in der Zeit des Ramadans durchzuführen. Ende 2002 zeichnete sich erfreulicherweise ab, dass das Hessische Kultusministerium gewillt schien, dieser Bitte nachzukommen. Religiöse Feiertage sollten zukünftig stärkere Beachtung finden und Schulwettbewerbe in dieser Zeit möglichst ausbleiben.

Die bisherige Zusammenarbeit mit anderen Organisationen (z.B. Landeselternbeirat, GEW Landesverband Hessen, etc.) fand auch in den Jahren 2002 und 2003 statt. Teilweise gehörte man gemeinsam gleichen Gremien an und konnte so Interessen bündeln und strategische Allianzen schließen. Die agah hat ebenso an den Sitzungen der GEW Personengruppe „Migrantinnen und Migranten/Interkulturelle Bildung“ teilgenommen, so am 19.01.2002 und 18.01.2003 sowie am 20.02.2002 an dem Expertengespräch „PISA und die Konsequenzen“ in Frankfurt am Main (Veranstalter: GEW).

### **3.15.1.1 Sprachförderung im vorschulischen Bereich**

Wie bereits an anderer Stelle erwähnt, gewann das Thema „Sprachförderung im vorschulischen Bereich“ zunehmend an Bedeutung. Durch entsprechende Vorgaben seitens der Politik und der ministeriellen Ad-

ministration (unter Federführung des Hessischen Sozialministeriums) konnte und wollte auch die agah sich dieser Thematik nicht entziehen.

## Mehr Geld für Sprachunterricht

Land stockt Mittel auf / Kommunen müssen die Hälfte übernehmen

BAD HERSFELD (dpa) Hessen stellt im kommenden Jahr mehr Geld für den Sprachunterricht ausländischer Kindergarten-Kinder zur Verfügung. Die Fördermittel werden im Vergleich zu diesem Jahr um 600 000 Euro auf 2,255 Millionen Euro erhöht, so Sozialministerin Silke Lautenschläger (CDU) vor der Arbeitsgemeinschaft der Ausländerbeiräte Hessen (AGAH) in

Bad Hersfeld. „Das begrüßen wir natürlich. Aber dieser Sprachunterricht scheitert in manchen Kommunen nicht an fehlenden Landesmitteln, sondern an der eigenen schlechten Haushaltslage“, sagte die AGAH-Geschäftsführerin Ulrike Foraci.

Denn das Land Hessen bezahle nur die Hälfte der Unterrichtskosten, die anderen 50 Prozent müssten von den

Kommunen oder anderen Trägern finanziert werden. Diese Regelung sollte geändert werden.

Weiterhin gehöre zur Integration mehr als die Sprachförderung, sagte Foraci. So sei es zum Beispiel wichtig, in Hessen flächendeckend Integrationsberatungen einzurichten. Dies sei, so Lautenschläger erst bei einer besserer Haushaltslage möglich.

Wiesbadener Kurier 08.12.2003

Einen inhaltlichen Zugang boten zahlreiche Veranstaltungen (z.B. am 25.09.2002 unter dem Titel „Deutschunterricht im Kindergarten auf spielerische Art“ in Hofheim) und Diskussionsrunden, an denen die agah entweder als Gast oder als Kooperationspartner teilnahm. So konnte beispielsweise bei der am 21.11.2002 stattgefundenen Fortbildungsveranstaltung des Hessischen Sozialministeriums „Deutschkenntnisse bei Kindern im Kindergartenalter“ ein erster Überblick zu neuesten wissenschaftlichen Erkenntnissen und geplanten Förderprogrammen gewonnen werden. Auch eigene Seminare dienten der Erörterung und inhaltlichen Vertiefung (so z.B. ein agah-HLZ-Wochenendseminar am 5.-6.07.2003 mit dem Titel „Mehrsprachigkeit, Erst- und Zweitsprache“).

Je stärker das Thema in der Öffentlichkeit an Bedeutung gewann, umso zahlreicher auch entsprechende Anfragen seitens der kommunalen Ausländerbeiräte. Die agah war stets bemüht, diese Anfragen kompetent und schnell zu beantworten. Viele Ausländerbeiräte sahen in der Forderung nach Sprachförderung oder in der Initiierung von Pilotprojekten ein neues Handlungsfeld innerhalb ihrer kommunalpolitischen Arbeit.

Interessanterweise erwies es sich jedoch als äußerst schwierig, den Sprachförderbedarf im Kindergartenalter anhand konkreter Zahlen zu ermitteln oder von statistischen Erhebungen abzuleiten. Anfang 2003

startete die agah unter ihren Mitgliedsbeiräten deshalb eine Umfrage. Dabei ging es um die relativ schlichte (aber wichtige) Frage, ob die Vermutung stimme, dass Migranteneltern überproportional häufig ihre Kleinkinder nicht zum Besuch eines Kindergartens anmelden würden. Außerdem wurde nach eventuellen Gründen dafür gefragt. Der Rücklauf ließ keine eindeutigen Schlüsse zu und kann auch nicht als repräsentativ gelten. Gleichwohl wurden Meinungsbilder sichtbar und auch das Bedürfnis, als Elternteil gemeinsam mit dem Kind Deutsch zu lernen. Letztere Erkenntnis floss später in die Planung der Sprachförderprogramme ein.

Ist der Ansatz einer frühen Sprachförderung im Sinne der Wahrnehmung von Bildungschancen und unter Integrationsaspekten prinzipiell zu begrüßen, so gab es für die agah dennoch Punkte, die es zu kritisieren galt. Dies geschah beispielsweise bei der Plenarsitzung der agah am 25.01.2003 in Erlensee. Hier referierte ein hochrangiger Vertreter des Hessischen Kultusministeriums zum Thema „Maßnahmen des Hessischen Kultusministeriums zur Förderung der deutschen Sprachkompetenz für Schülerinnen und Schüler mit Migrationshintergrund“. Die Kritik bezog sich auf folgende Sachverhalte:

- ☞ Kompetenzüberschneidung zwischen zwei Ministerien
- ☞ geringe Wertschätzung der Sprachkompetenz in der Herkunftssprache
- ☞ Betonung der Defizite
- ☞ keine Fortentwicklung des herkunftssprachlichen Unterrichts
- ☞ räumliche Trennung bei Besuch der schulischen Vorlaufkurse
- ☞ ungeklärte Transport- und Versicherungsprobleme
- ☞ fehlende Randalage der Förderstunden und Ausfall weiterer Unterrichtsstunden
- ☞ unklare Stellenzuweisung von Lehrerinnen und Lehrern.

### 3.15.1.2 Novellierung des Hessischen Schulgesetzes

Im Zusammenhang mit der allgemeinen bildungspolitischen Diskussion in der „Nach-PISA-Ära“ und aufgrund entsprechender Inhalte im Regierungsprogramm, begannen sich im Berichtszeitraum die Pläne zur Neufassung des Hessischen Schulgesetzes schnell fortzuentwickeln. Eigene

Vorstellungen der Regierungsmehrheit mündeten rasch in einen konkreten Gesetzentwurf. Dieser und die damit verbundene politische Diskussion wurden von der agah kritisch beäugt. Schon auf der agah-Plenarsitzung am 16.02.2002 in Baunatal brachte die Verabschiedung einer Resolution die Ablehnung zum Ausdruck. Die agah sah in dem Gesetzentwurf nicht die nötigen Konsequenzen aus der PISA-Studie berücksichtigt. Nicht nur Schulformen und Fördermaßnahmen stünden vor dem Hintergrund der PISA-Ergebnisse zur Disposition, auch die Qualität der Lehrerbildung und die materielle Ausstattung der Schulen seien zu überprüfen, so die agah-Meinung.

Wenige Tage später suchte die agah mit einer Pressemitteilung den Weg an die Öffentlichkeit. Am 20.03.2002 erfolgte unter der Überschrift „Note: Mangelhaft“ die Herausgabe einer entsprechenden Presseerklärung, die abermals den Gesetzentwurf in weiten Teilen kritisierte. Statt der Zurückstellung vom Unterricht bei unzureichenden Deutschkenntnissen, plädierte die agah zum Beispiel für eine sinnvolle Nutzung der Zeit bis zur Einschulung, in der intensiv gefördert werden sollte. Auch die frühe Festlegung auf eine bestimmte Schulform (nach der vierten Klasse) entsprach nicht den Vorstellungen der agah.

Allerdings zeigte sich im Endergebnis, dass die agah-Positionen ohne Einfluss blieben. Dies bedeutet jedoch nicht, dass sie dadurch weniger berechtigt und richtig waren.



### 3.15.1.3 Schulwettbewerbe

Ein neuer „Gegenstand“ in der Fülle von Themen war im Berichtszeitraum der Sachverhalt „Schulwettbewerbe“. Durch eine Beschwerde wurde die agah darauf aufmerksam gemacht, dass im Rahmen des landesweiten Mathematikwettbewerbs Prüfungsarbeiten auch am „Tag des Fastenbrechens“ (Seker Bayram) stattfanden, einem bedeutsamen und wichtigen Datum für Islamgläubige. Da das „Fest des Fastenbrechens“ morgens mit einem Gebet und dem gemeinsamen Fastenbrechen begonnen wird, wirkt sich die Teilnahme von Schülerinnen und Schülern am morgendlichen Wettbewerb sehr störend aus und beeinträchtigt diese religiöse Sitte.

Ziel eines entsprechenden, an das Hessische Kultusministerium gerichteten Schreibens war es daher, mehr Sensibilität und Beachtung für religiöse Feiertage einzufordern, auch wenn es sich um keine protestantischen oder katholischen Feiertage handelt. Dies wurde zwischenzeitlich zugesichert.

### 3.15.1.4 Sonderpädagogische Förderung

Die umfangreichen Ausführungen in diesem Kapitel zeigen, dass schulpolitische Themen und Fragestellungen einen breiten Raum innerhalb der Verbandsarbeit eingenommen haben. Zu einem der wichtigeren Aspekte gehörte in den Jahren 2002/2003 zweifelsohne alles, was mit den Begriffen „Sonderpädagogische Förderung“ bzw. „Sonderschulen“ zusammenhing, besuchen doch überproportional häufig Schülerinnen und Schüler aus Migrantenfamilien Schulen diesen Typs.

Mit Schreiben vom 08.05.2003 richtete die agah einen umfangreichen Fragenkatalog an das Hessische Kultusministerium. Folgende Sachverhalte sollten in Erfahrung gebracht werden:

- ☞ Gesetzesgrundlagen für Sonderschulen
- ☞ Kriterien für die Einweisung in Sonderschulen
- ☞ Mitsprache- und Entscheidungsrechte der Erziehungsberechtigten
- ☞ Zusammenhang zwischen schlechten Deutschkenntnissen und Einweisung in Sonderschulen
- ☞ Zuständigkeiten und Kompetenzverteilung

#### ç Zahlenangaben (Statistik).

Anlass für diese Anfrage war der agah-Antrag Nr. 03005, der auf dem Plenum am 29.03.2003 in Gießen erörtert wurde. Die begleitende Diskussion war geprägt von der Vermutung, dass insbesondere Sprachdefizite ausschlaggebend für die Einweisung von Migrantenkindern in Sonderschulen seien. Den Wahrheitsgehalt dieser These zu prüfen, war dann wiederum am 22.05.2003 Anlass für eine Umfrage unter allen hessischen Ausländerbeiräten. Der agah-Geschäftsstelle sollten möglichst umgehend konkrete Fälle mitgeteilt werden, in denen alleine aufgrund von Problemen mit der deutschen Sprache – unzulässigerweise - die Empfehlung „Sonderschule“ ausgesprochen wurde.

Die Recherche war zum Ende des Berichtszeitraums noch nicht abgeschlossen. Das Antwortschreiben und die Informationen des Hessischen Kultusministeriums führten zu weiteren Arbeitsschritten. Außerdem war das Thema auch Gegenstand der regelmäßigen Unterredungen mit Vertretern des Kultusministeriums.

### 3.15.1.5 Muttersprachlicher (Herkunftssprachen-) Unterricht

Der Muttersprachliche Unterricht (oder Unterricht in Herkunftssprachen) ist ein Fach, in dem die beiden Aufgabenfelder „Sprache“ und „herkunftslandbezogene Inhalte“ - die eng miteinander verknüpft sind - vermittelt werden sollen. Dabei können die teilnehmenden Schülerinnen und Schüler ihre Herkunftssprache pflegen und weiterentwickeln sowie ihre Kommunikationsfähigkeit verbessern und Kenntnisse und Einsichten über das Herkunftsland erwerben, erweitern und vertiefen.

Die agah setzte sich auch in den Jahren 2002/2003 für den Erhalt der bestehenden Angebote ein. Gleichzeitig entwickelte sie aber auch Vorschläge für eine konzeptionelle Weiterentwicklung.

#### 3.15.1.5.1 Allgemein

War im Berichtszeitraum eine eindeutige Schwerpunktsetzung im Bereich der Deutschsprachförderung erkennbar, so bedeutete dies jedoch



nicht, dass der Unterricht in den Herkunftssprachen gänzlich von der bildungspolitischen Bildfläche verschwand. Ganz im Gegenteil: Die agah verknüpfte beide Aspekte und wies in verschiedenen Zusammenhängen immer wieder darauf hin, dass die Beherrschung der Herkunftssprache eine fruchtbare Grundlage zum Erlernen der deutschen Sprache darstellt. Damit vertrat die agah sprachwissenschaftliche Erkenntnisse, die auch von Migrationsforschern und Linguisten propagiert werden.

Allerdings war die schulische Realität in den Jahren 2002/2003 eine andere. Wie in den Jahren zuvor, drängte sich für die agah der Eindruck auf, dass seitens der Politik an einen Erhalt des Muttersprachlichen Unterrichts (oder sogar an seine Ausweitung) eher weniger gedacht wurde. Unstrittig war aber auch für die agah, dass die bisherige Form des Unterrichts „reformbedürftig“ ist.

## Ausländerbeiräte fordern Konzept

**Muttersprachlicher Unterricht Thema – Lob für Haumann**

**GIESSEN (fm).** Eine Neukonzeption des Muttersprachlichen Unterrichts (MU) verlangt der Landesausländerbeirat von der hessischen Landesregierung. Bei der Landesmitgliederversammlung in Gießen erteilten rund 60 Delegierte der 102 hessischen Ausländerbeiräte dem bereits in Baden-Württemberg praktizierten „Konsultationsmodell“ eine klare Absage.

Nach diesem Modell bestellen und bezahlen die Herkunftsländer selbst die Lehrer für den Muttersprachlichen Unterricht und nehmen so auch Einfluss auf die vermittelten Inhalte. „Wir wollen aber einen Unterricht, der in Deutschland und die deutsche Situation angepasst ist“, erklärte die Geschäftsführerin der Arbeitsgemeinschaft der Ausländerbeiräte in Hessen (AGAH), Ulrike Foraci. Eingefordert werde jetzt das von der CDU-FDP-Koalition 1999 zugesagte neue Konzept für den Muttersprachlichen Unterricht. Auf zukunftsweisende Modelle in Hamburg und Frankfurt verwies der AGAH-Vorsitzende Manuel Parrondo. Dort gebe es zweisprachige Schulen, an denen der „herkunftssprachliche Unterricht“ ein Teil des Fremdsprachenunterrichts sei.

Die von der Landesregierung eingerichteten Vorkurse zur Behebung sprachlicher Defizite vor der Einschulung werden vom Landesausländerbeirat begrüßt. „Eine Beteiligung von 93 Prozent zeigt, wie groß der Bedarf ist“, sagte Foraci. Abgelehnt wird jedoch eine Rückstellung jener Kinder, die trotz Vorkurs-Teilnahme noch sprachliche Mängel aufweisen. „Wir sind gegen eine doppelte Bestrafung“, erklärte Mostafa Farman vom Gießener Ausländerbeirat. Aus Sicht des AGAH sollten in solchen Fällen „zusätzliche Deutschförderkurse innerhalb des Regelunterrichts“ angeboten werden.

Ausführlich diskutiert wurde die geringe Beteiligung von Ausländern bei der Wahl im November 2001. Von 1997 bis 2001 sei der Durchschnittswert von 11,9 Prozent auf 7,9 Prozent zurückgegangen. In Hessen seien rund 500 000 der hier lebenden 750 000 Ausländer wahlberechtigt. Laut einer Telefonumfrage interessierten sich nur 18 Prozent der Ausländer für die Kommunalpolitik, sagte Foraci. Rund die Hälfte der Befragten wisse nicht einmal, dass es in ihrer Gemeinde einen Ausländerbeirat gebe. Als Grund wurde unter anderem „zu wenig Geld für Werbemittel“ angegeben. In Gießen, so Farman, liefen die Gespräche zwischen dem Ausländerbeirat und Bürgermeister Heinz-Peter Haumann „sehr gut“. Im AGAH wird derzeit überlegt, ob die in den Ausländerbeiräten diskutierten Themen noch die Themen sind, die unsere Wähler tatsächlich interessieren. Deshalb sollen jetzt die „Bedürfnisse vor Ort“ ermittelt werden.

Einstimmig angenommen wurde am Samstag ein vom Ausländerbeirat der Stadt Wetlar eingebrachter Antrag. Demnach wird die hessische Landesregierung „aufgefordert, die Abschiebung von Flüchtlingen aus dem Krisengebiet Irak und den angrenzenden Regionen (insbesondere der Osttürkei) auszusetzen, bis sich die Umstände stabilisiert haben“.



Mostafa Farman, Manuel Parrondo und Ulrike Foraci von der AGAH fordern eine Neukonzeption des Muttersprachlichen Unterrichts. Bild: fm

Gießener Anzeiger 31.03.2003

### 3.15.1.5.2 Erhalt/Neukonzeption

Bereits in den zurückliegenden Berichtszeiträumen hatte die Hessische Landesregierung wiederholt angekündigt, den Unterricht in den Herkunftssprachen neu bzw. anders konzipieren zu wollen. Auch in den Jahren 2002/2003 waren diese Aussagen zu vernehmen und zeitigten eine erhöhte Aufmerksamkeit bei und innerhalb der agah. Mit dem Kultusministerium wurde das Thema beispielsweise in einer Unterredung mit Frau Staatsministerin Karin Wolff am 09.01.02 erörtert. In einem sich auf diese Unterredung beziehenden Brief vom 23.01.02 mahnte die agah abermals an, den Herkunftssprachenunterricht nicht faktisch auslaufen zu lassen. Darüber hinaus ging die agah auch auf die Situation der MSU-Lehrer ein.

Die inhaltliche Diskussion bezog sich im Wesentlichen auf folgende vier prinzipiell denkbare Modelle:

1. Beibehaltung des Status wie vor Übernahme der Regierungsgeschäfte durch die CDU/FDP in 1999
2. Fortentwicklung des Unterrichts hin zu einem interkulturellen Fach in den Herkunftssprachen und Öffnung des MSU auch für andere Nationalitäten
3. Umwandlung des MSU in einen Fremdsprachenunterricht
4. Übernahme des MSU durch die jeweiligen konsularischen Vertretungen (analog Baden-Württemberg).

Bis zum Beginn des Berichtszeitraums hatte die agah die zweite Variante favorisiert, während die Landesregierung die letztgenannte Alternative auf den Weg der Umsetzung brachte. Aufgrund der Erkenntnisse, dass der Unterricht faktisch zunehmend abgebaut wurde, entschloss sich die agah, das Thema MSU abermals auf der Plenarsitzung am 29.03.2003 in Gießen zu erörtern. Zur Vorbereitung auf die innerverbandliche Diskussion und im Rahmen der weiteren Nachbearbeitung fanden verschiedene Arbeitstreffen und Fachgespräche in den Räumlichkeiten der agah statt, an denen u.a. auch externe Experten teilnahmen (so z.B. am 11.12.2003).

Gegenüber dem Hessischen Ministerpräsidenten plädierte die agah auf der Plenarsitzung am 11.10.2003 dafür, den MSU zu benoten und ihm den Status eines versetzungsrelevanten Faches zu verleihen.

Zum Ende des Berichtszeitraums war die fachliche Diskussion noch nicht endgültig abgeschlossen, sodass an dieser Stelle auf die entsprechenden Ausführungen im kommenden Jahresbericht verwiesen werden muss.



### 3.15.1.6 Islamischer Religionsunterricht/ Ethikunterricht mit islamischem Schwerpunkt

Seit der Beschlussfassung zur Einführung des Islamischen Religionsunterrichts im Jahr 1996 steht die agah der Einführung des Islamischen Religionsunterrichts an öffentlichen Schulen als eigenständiges Unterrichtsfach grundsätzlich befürwortend gegenüber (zu den Leitsätzen der agah zur Einführung des Islamischen Religionsunterrichts in öffentlichen Schulen in Hessen vgl. Jahresberichte 1995-97).

Soweit muslimische Vereinigungen Unterricht in den Lehren des Koran in der deutschen Regelschule wünschen, sind von ihnen bestimmte organisatorische Voraussetzungen zu erfüllen. Die Anerkennung als eine islamische Religionsgemeinschaft wäre Voraussetzung für die Einführung bzw. Erteilung Islamischen Religionsunterrichts. Allerdings sind

besondere Strukturen und Organisationsformen dem Islam an sich fremd.

Das Kultusministerium hatte zunächst überprüft, ob bei der Islamischen Religionsgemeinschaft Hessen (IRH) die Voraussetzungen für die Gründung und Anerkennung einer islamischen Religionsgemeinschaft in Hessen (die wiederum Voraussetzung für die Einführung des Islamischen Religionsunterrichts ist) gegeben sein würden. Hierzu wurden verschiedene Gutachten eingeholt. Ende September 2001 wurde auf der Grundlage dieser Gutachten entschieden, dass es der Islamischen Religionsgemeinschaft Hessen (IRH) nicht erlaubt wird, Islamischen Religionsunterricht an hessischen Schulen zu erteilen. Stattdessen plane die Hessische Landesregierung, Ethik-Unterricht mit Schwerpunkt Islam einzuführen (vgl. Vorjahresberichte und Kap. 3.15.1.7).

Die agah-Vorstandsmitglieder als auch die Mitarbeiter/innen der Geschäftsstelle informierten sich kontinuierlich über den Fortgang dieser Entwicklung. Aber auch die Delegierten der agah befassten sich interessiert mit diesem Plan.

In der Delegiertenversammlung am 15.06.2002 forderte der Ausländerbeirat Bad Nauheim eine gründlichere Auseinandersetzung mit dem Thema „Ethikunterricht an den Schulen“. Dies sollte in einer künftigen Plenarsitzung sowie Gesprächen mit dem zuständigen Landesministerium über Inhalt und Ausbildung der Ethiklehrer erfolgen.

Der agah-Vorstand unterstützte die Einrichtung von Ethikunterricht mit islamischem Schwerpunkt. Die bisher vom Hessischen Kultusministerium auf diesem Gebiet geleistete Arbeit wurde allerdings gemeinsam mit Elternvertretungen als ungenügend bewertet. Am 17.09.2003 wurde u.a. das Thema „Ethikunterricht mit islamischem Schwerpunkt“ deshalb von Vertreter/innen des agah-Vorstandes mit Frau Kultusministerin Wolff diskutiert.

Bei einem Termin des agah-Vorstandes mit dem türkischen Generalkonsul in Frankfurt wurde wiederum das Thema „Islamischer Religionsunterricht“ erörtert. Dabei wurden auch die besonderen Probleme, wie zum Beispiel der Aufbau eines diesbezüglichen Studiengangs, noch fehlende Lehrpläne, etc. angesprochen.

#### Ausländerbeiräte

### Zensuren für die Muttersprache

WIESBADEN · 13. OKTOBER · DPA · Die Integrationspolitik in Hessen braucht nach Auffassung von Ausländervertretern eine breitere Basis. „Integrationspolitik muss mehr sein als Sprachförderung“, sagt Manuel Parrondo, Vorsitzender der Arbeitsgemeinschaft der Ausländerbeiräte Hessen (AGAH). In der Schule müsse muttersprachlicher Unterricht benotet und versetzungsrelevant werden. Zu einem Treffen zum 20. Bestehen der AGAH mit 80 Delegierten war auch Ministerpräsident Roland Koch (CDU) am Wochenende ins südhessische Reinheim gekommen.

„Um sich integrieren zu können, braucht man eine eigene kulturelle Identität“, sagt Parrondo. Deshalb brauche der muttersprachliche Unterricht in Sprachen wie Türkisch, Italienisch oder Afghanisch Noten, damit die Schüler ihn ernst nähmen.

Außerdem müssten Kinder erfahren, dass verschiedene Religionen gleichwertig seien. „Entweder es werden im Religionsunterricht alle Religionen erklärt oder gar keine“, fordert Parrondo. Auch ein Kopftuch-Verbot für Lehrerinnen mache nur Sinn, wenn auch christliche Kreuze verbannt würden.

Seit Gründung der AGAH haben die Ausländerbeiräte in Hessen laut Parrondo an Bedeutung gewonnen: „Heute loben die meisten Kommunen die Zusammenarbeit.“ Die Feier zum 20-jährigen Bestehen findet am Dienstagabend in Wiesbaden statt.

Frankfurter Rundschau 14.10.2003

Die Möglichkeit, einen Studiengang für Islamische Religion an der Universität in Frankfurt einzurichten, wurde zudem in einem Gespräch behandelt, das Vertreter/innen der agah und des Hessischen Ministeriums für Wissenschaft und Kunst am 17.11.2003 führten.

### 3.15.1.7 Ethikbeirat

Der Ethikbeirat ist eine Arbeitsgruppe im Hessischen Kultusministerium. Im Ethikbeirat werden Bausteine vorbereitet, die in die bestehenden Themen des Ethikunterrichts aufgenommen werden sollen. Sie werden nach den folgenden Überlegungen ausgesucht und vorbereitet:

Ethische und moralische Grundsätze sind Ergebnis der jahrhundertelangen Erfahrungen der Menschheit. Es sind somit von Religionen unabhängige Grundsätze.

Ethische und moralische Grundsätze sind nicht Teil einer einzigen oder bestimmten Religion, sie sind Reflexionen in verschiedenen Religionen aus unterschiedlichen Blickwinkeln.

Gemäß dieser Überlegungen sollen Kinder erfahren, was die Religionen verbindet bzw. unterscheidet. Sie sollen mit solchen Überlegungen ihre Identität besser bestimmen und wahrnehmen und lernen, einander zu respektieren und zu schätzen. Auch wenn dieser Arbeitskreis unter der Prämisse „Ethikunterricht mit Schwerpunkt Islam“ gegründet wurde, sind die Themen und Bausteine von allgemeiner Gültigkeit und nicht spezifisch für muslimische Kinder. Alle Kinder sollten vielmehr an dem Unterricht teilnehmen können. Dies wäre eine neue Komponente, die Integrationsbemühungen verstärkt vorantreiben kann.

Der Ethikbeirat trat im Berichtszeitraum am 02.12.2002 und 19.02.2003 zusammen. Die agah wurde durch das Vorstandsmitglied Yilmaz Memisoglu dort vertreten.

### **3.15.1.8 Landesschulbeirat**

Der Landesschulbeirat wird vom Kultusministerium einberufen und berät das Kultusministerium bei wichtigen Maßnahmen auf dem Gebiet des Schulwesens. Die agah ist seit 1993 mit einem Sitz im Landesschulbeirat vertreten. Im Berichtszeitraum wurde diese Aufgabe von dem agah-Vorstandsmitglied Yilmaz Memisoglu wahrgenommen. Der Landesschulbeirat tagte am 27.11.2002.

## 3.15.2 Außerschulische Förderung junger Migrant/innen

### 3.15.2.1 Bildungseinrichtungen

Nachdem das Plenum der agah beim Hessentag in Dietzenbach den Antrag des Ausländerbeirats Rodgau, eine Bildungseinrichtung für die schulische und berufliche Förderung junger Migrantinnen und Migranten in Hessen zu fordern, verabschiedete, beschloss der Vorstand, einen Besuch in der Akademie Klausenhof zu machen, um die Bildungsarbeit dort näher anzuschauen.

Die Akademie Klausenhof liegt unweit der holländischen Grenze in Dingen bei Hamminkeln in NRW. Sie ist vom Land NRW anerkannt als Einrichtung der Weiterbildung. Träger ist die Katholische Kirche. Ein Schwerpunkt der Arbeit in der Akademie ist die berufliche und gesellschaftliche Integration von Benachteiligten, u.a. von jungen Migrantinnen und Migranten.

Vier Vorstandsmitglieder (Mostafa Farman, Julius Gomes, Kamil Kasalak und Yilmaz Memisoglu), dazu Margaret Haas von der Geschäftsstelle, reisten am Sonntag, den 5. Mai 2002 nach Klausenhof. Am Sonntagabend und am Montag konnten die Einrichtungen in Hamminkeln und Rhede ausführlich besichtigt werden. Dr. Alois Becker, Direktor der Einrichtung, führte in die Geschichte der Akademie und des dazugehörigen Internats, ihre Struktur, Ziele und Finanzierung ein und zeigte die Werkstätte und Unterrichtsräume. Klausenhof verfügt insgesamt über 600 Internatsplätze, aufgeteilt auf mehrere Häuser.

In den Förderkursen haben die jugendlichen Migranten die Möglichkeit, einen Schulabschluss nachzuholen, deutsche Sprachkenntnisse zu verbessern und eine intensive Berufsorientierung zu bekommen. Sie werden in der Regel für ein Jahr in der Akademie kostenlos gefördert.

Die Kurse und Lehrgänge werden vom Bundesministerium für Arbeit und Sozialordnung (BMA) finanziert, sofern die Jugendlichen die Förderbestimmungen nach dem Garantiefonds erfüllen (d.h. ausländische Arbeitnehmer, Spätaussiedler, Asylberechtigte und Kontingentflüchtlinge sind; die allgemeine Schulpflicht erfüllt haben und zwischen 16 und 20 Jahre alt sind).

Seit 2002 besteht eine Finanzierung durch die EU-Flüchtlingsfonds, wobei auch Jugendliche, die sich noch im Asylprozess befinden, bis zum Lebensalter von 25 Jahren gefördert werden können.

Die Informationsreise war zur Gewinnung weiterer Erkenntnisse besonders wichtig. So konnten auch Briefe an die Fachministerien, in denen eine ähnliche Einrichtung auch für Hessen gefordert wurde, fundiert formuliert werden.

Während das Hessische Sozialministerium relativ zeitnah antwortete und die Forderung als nicht mit ihren integrationspolitischen Zielsetzungen vereinbar bezeichnete, blieb eine Reaktion des Hessischen Kultusministeriums bis zum Ende des Jahres 2003 aus. Trotz dieser wenig erfreulichen Tatsachen, wird sich die agah weiter für die Idee einsetzen und in den zahlreichen Zusammenkünften mit den Ministerien die Vorteile einer solchen Akademie propagieren.

### 3.15.2.2 Stiftungen

Fast zeitgleich mit der Informationsreise zur Akademie Klausenhof erfolgte am 03.05.2002 der Startschuss für das Stipendienprogramm „START“ der Gemeinnützigen Hertie-Stiftung aus Frankfurt am Main. Dabei handelt es sich um ein Förderprogramm für begabte und engagierte Zuwandererkinder, das verstärkt die Möglichkeit zu einer höheren Schulbildung und - damit verbunden - bessere Chancen für eine gelungene Integration bieten soll. Neben monatlichem Bildungsgeld wird den Stipendiaten auch ein PC mit Internetanschluss zur Verfügung gestellt. Außerdem werden sie ideell gefördert. Dazu gehören Beratungen bei der Ausbildungs- und Studienplanung, Bildungsseminare, Exkursionen, Kontakte zu Wirtschaftsunternehmen und die Vermittlung von Praktika. Das Programm will Zuwandererkarrieren den Weg bereiten und dient darüber hinaus als Ansporn zur Integration, als „Investition in Köpfe“ und als Beitrag zur Toleranz unter jungen Menschen in Deutschland. Die agah begrüßte die Initiierung eines solchen Programms und hofft, dass sich alle Erwartungen und Ziele erfüllen.

Die agah wurde zudem mit der Bitte kontaktiert, Ulrike Foraci in den das Förderprogramm begleitenden Beirat zu entsenden. Diesem Wunsch



wurde selbstverständlich Rechnung getragen. Neben der Teilnahme an einer „START“ vorstellenden Pressekonferenz am 3. Mai 2002 fanden Sitzungen des Beirates am 6. November 2002 und am 04. Dezember 2003 in Frankfurt statt.

Vertreter der agah besuchten zudem die von der Hertie-Stiftung durchgeführte Konferenz „Schule und Zuwanderungsgesellschaft“ am 28. November 2002 in Wiesbaden.

Wer weitere Informationen zum „START“-Programm einholen möchte, ruft unter [www.start.ghst.de](http://www.start.ghst.de) die entsprechenden Internetseiten auf.



### 3.15.3 Ausländische Studierende

Die Situation ausländischer Studierender in der Bundesrepublik Deutschland ist sehr schwierig. Dies beginnt bei der Möglichkeit, neben dem Studium zu jobben und endet bei der Wohnungssuche. Hinzu kommt, dass sich nicht alle Student/innen aus dem Ausland in der gleichen Ausgangssituation befinden. EU-Staater sind z.B. im Hinblick auf eine Nebentätigkeit rein rechtlich nicht eingeschränkt; Student/innen ausländischer Staatsangehörigkeit, die in Deutschland aufgewachsen sind, verfügen zwar bereits über soziale Kontakte, haben jedoch auch Probleme, eine geeignete Unterkunft zu finden.

Da die agah bereits mehrfach auf diese Problematik aufmerksam gemacht wurde, wurden diese Punkte sowohl in einem Gespräch mit dem Hessischen Minister für Wissenschaft und Kunst, Udo Corts, am 10.07.2003 erörtert und in einem weiteren Gespräch mit dem Geschäftsführer des Studentenwerks Darmstadt vertieft.

Um ergänzende Informationen zu sammeln, wurde ein Fragenkatalog an die agah-Mitgliedsbeiräte übersandt. Dieser enthielt u.a. Fragen zu be-

---

kannt gewordenen Schwierigkeiten ausländischer Student/innen bei der Wohnungssuche, bei der Vergabe von Wohnheimplätzen, bei der Erteilung von Arbeitserlaubnissen und bei der finanziellen Situation. Die Rückläufe ließen jedoch nicht den Schluss auf grundlegende Schwierigkeiten ausländischer Studierender zu. Dabei handelt es sich allerdings nur um ein sehr eingeschränktes Ergebnis, denn nur wenige Ausländerbeiräte sandten Antwortschreiben zurück.

Die agah war zwar auch intensiv darum bemüht, mit allen Geschäftsführern der Hessischen Studentenwerke ins Gespräch zu kommen, es kam - abgesehen von dem Gespräch in Darmstadt - jedoch keine weitere Terminierung zustande.

### 3.15.4 Lehrer/innenausbildung

Im Hinblick auf die De-facto-Zuwanderung hat ein politischer Paradigmenwechsel bereits stattgefunden, der auf allen Ebenen des Zusammenlebens umgesetzt werden muss. Interkulturelle Erziehung und interkulturelles Lernen beinhalten dabei die gegenseitige Chance, die gesellschaftlichen, politischen, ökonomischen und sozialen Verhältnisse langfristig und gemeinsam zu verändern. Von Fachschulen, Fachhochschulen und Universitäten wurde bislang dem Aspekt der gesellschaftlichen Multikulturalität und des multikulturellen Alltags nicht in dem Ausmaß Rechnung getragen, wie es wünschenswert und notwendig gewesen wäre. Die Universität Kassel kann z.B. eine lange Tradition mit entsprechendem Unterrichtsangebot aufweisen. Oftmals blieb es jedoch Auszubildenden und Student/innen selbst überlassen, sich interkulturelle Handlungskompetenz anzueignen.

Die agah wurde im März 2002 darauf aufmerksam, dass Stellenstreichungen und -umwidmungen im Bereich der Universität Kassel die zukünftige Weiterführung des entsprechenden Unterrichtsangebotes gefährdeten. Die agah wandte sich daher schriftlich an die Hessische Ministerin für Wissenschaft und Kunst, Ruth Wagner, und appellierte, die vorhandenen Lehr- und Unterrichtsangebote im Bereich interkulturelles Lernen sicherzustellen und aufrechtzuerhalten. Über die Sicherstellung des vorhandenen Schwerpunktes hinaus sollten weitere Lehr- und Unterrichtsangebote auch an anderen Standorten vorgesehen werden.

### 3.15.5 Sonstiges

Die agah hat ihre bisherige enge Zusammenarbeit mit der HLZ, iaf e.V. und diversen anderen Organisationen in diesem Themenfeld im Berichtszeitraum fortgesetzt.

Vertreter/innen der agah besuchten die folgenden Veranstaltungen:

- € 27.02.2002 Fachtagung „Hausaufgabenhilfe für Kinder zugewanderter Eltern“, Wiesbaden. Veranstalter: Trägerverbände der Hausaufgabenhilfe in Zusammenarbeit mit dem Hessischen Kultusministerium
- € 22.-24.03.2002 Transnationale Konferenz des GRUNDTVIG-Projektes „European Intercultural Competence Programm“, Frankfurt am Main. Veranstalter: Deutsches Institut für Erwachsenenbildung
- € 10.04.2002 Treffen der Arbeitsgemeinschaft hessischer Nichtregierungsorganisationen für eine Schulberatungsstelle „Globales Lernen“ (AGGL), Frankfurt am Main
- € 26.04.2002 Diskussionsveranstaltung „Sitzen bleiben – überflüssig? Hessen nach Pisa“, Wiesbaden. Veranstalter: Bündnis 90/Die Grünen-Landtagsfraktion
- € 05.-08.05.2002 Fachkonferenz des GRUNDTVIG-Projektes „European Intercultural Competence Programm“, Bonn. Veranstalter: Deutsches Institut für Erwachsenenbildung
- € 03.06.2002 Forum „Bildung in der frühen Kindheit“, Wiesbaden. Veranstalter: SPD-Landtagsfraktion

- 
- € 21.11.2002 Fortbildungsveranstaltung „Deutschkenntnisse bei Kindern im Kindergartenalter“, Wiesbaden. Veranstalter: Hessisches Sozialministerium
  - € 11.12.2002 Veranstaltung „Genderperspektiven: Gut gebildet – und dann?“, Mainz. Veranstalter: Friedrich-Ebert-Stiftung
  - € 24.-25.01.2003 Fachtagung „Happy Birthday, Bildung – 40 Jahre türkische Migration in Deutschland“, Frankfurt am Main. Veranstalter: IHK Frankfurt
  - € 04.02.2003 Diskussionsveranstaltung „Problemfeld Schule: Sind die ausländischen Kinder dümmer?“ mit Prof. Dr. Frank-Olaf Radtke, Dietzenbach. Veranstalter: Dietzenbacher Liste
  - € 10.03.2003 Fortbildung: „Arbeitsfelder, Ansatzmöglichkeiten und Unterstützungspotentiale aus dem Projekt „Erhöhung der Ausbildungsbereitschaft von jugendlichen Migrant/innen“, Offenbach. Veranstalter: CGIL Bildungswerk e.V.
  - € 25.03.2003 Veranstaltung bezüglich der Einrichtung von Deutschkursen für Ausländer, Idstein. Veranstalter: AB Idstein
  - € 27.06.2003 Fachgespräch zum Thema „Ganztagsschule“, Wiesbaden. Veranstalter: SPD-Landtagsfraktion
  - € 04.07.2003 Pilotprojekt „Stärkung der Erziehungsverantwortung von Schule und Elternhaus“ (Wiesbadener Erklärung), Wiesbaden

- € 19.11.2003 Konferenz „Sprache als Träger der Integration“, Wiesbaden. Veranstalter: Hessischer Landtag
- € 21.11.2003 Fortbildungsveranstaltung „Deutschkenntnisse bei Kindern im Kindergartenalter“, Wiesbaden. Veranstalter: Hessisches Sozialministerium
- € 29.11.2003 Fachtagung „Ganztagsschule – Auf dem Weg zu einer anderen Schule“, Frankfurt am Main. Veranstalter: Hessische Landesstiftung der Heinrich-Böll-Stiftung



Die agah war durch das Vorstandsmitglied Yilmaz Memisoglu in den Sitzungen der Projektgruppe „Schule“ des Integrationsbeirates der Hessischen Landesregierung vertreten (28.01.2002, 06.03.2002, 22.05.2002, 09.09.2002, 14.10.2002, 25.11.2002, 27.01.2003, 18.03.2003, 10.07.2003, 23.09.2003, 27.11.2003). Yilmaz Memisoglu legte dort die Positionen der agah zu unterschiedlichen Sachfragen dar.

Die Beherrschung der deutschen Sprache ist der entscheidende Schlüssel zur wirtschaftlichen, sozialen, kulturellen und politischen Integration der Migrant/innen. Neben dem Sprachförderprogramm für Zuwandererkinder im Kindergartenalter wurde seitens des Hessischen Sozialministeriums im Oktober 2003 auch die Möglichkeit eröffnet, Deutschkurse für die zugewanderten Eltern von Kindern im Kindergartenalter zu fördern. Die agah wurde gebeten, gegenüber den Ausländerbeiräten und ihren Mitgliedern auf dieses Angebot hinzuweisen und kam dieser Bitte gerne nach. Mit einem Rundschreiben vom 06.11.2003, das an alle Ausländerbeiräte in Hessen gerichtet war, machte die agah auf die Elternkurse zum Erwerb der deutschen Sprache aufmerksam.

## Auch Eltern lernen

### Deutschunterricht nicht nur für Ausländerkinder

**Wiesbaden.** (dpa) Im Rahmen des Sprachförderprogrammes für Zuwandererkinder unter sechs Jahren bekommen nun auch deren Eltern Deutschunterricht. Die ersten Kurse seien angelaufen, teilte Sozialministerin Silke Lautenschläger (CDU) in Wiesbaden mit. Bisher habe das Ministerium Fördermittel von 39 087 Euro für elf Projekte bewilligt und 15 Projekte angekündigt. An den 26 Kursen nahmen 439 Mütter und Väter teil.

Das Land fördert die Angebote an die Eltern mit gut einem Euro pro Kurs und Teilnehmer. Lautenschläger rief die Kommunen auf, Kurse einzurichten und dafür zu werben. Sie bat auch die Ausländerbeiräte, Eltern zur Teilnahme zu motivieren. Die Arbeitsgemeinschaft der Ausländerbeiräte Hessens (AGAH) bezeichnete die Kurse als sinnvoll. Das Sprachförderprogramm des Landes ist 2002 gestartet worden.

Wiesbadener Kurier 14.10.2003